



## Tagesordnung

Bürgermeister Niehues begrüßte die Ausschussmitglieder, Herrn Strahl als Zuhörer sowie Herrn Barisch von der Allgemeinen Zeitung.

Er stellte fest, dass mit Einladung vom 30. Januar 2007 form- und fristgerecht geladen wurde und dass der Ausschuss beschlussfähig sei. Hiergegen erhob sich kein Widerspruch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Fraktionsvorsitzender Steindorf gem. §§ 26 und 11 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse, den Tagesordnungspunkt „Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007“ auch im nichtöffentlichen Teil zu beraten. Er begründete den Antrag damit, dass im nichtöffentlichen Teil geheimhaltungsbedürftige Angelegenheiten im Sinne von § 6 Abs. 2 und 3 GeschO beraten werden sollten.

Der Ausschuss stimmte dieser Änderung der Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Die Tagesordnung im nichtöffentlichen Teil wird somit um den Punkt „Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007“ erweitert. Der Tagesordnungspunkt rückt an die 2. Stelle der Tagesordnung, die anderen Punkte rücken entsprechend auf.

### **1 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus öffentlichen Ausschusssitzungen**

Berichtsbedarf war nicht vorhanden.

### **2 2. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über das Friedhofs- und Bestattungswesen im Ortsteil Holtwick (Friedhofssatzung) Vorlage: VII/487**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasste folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die der Sitzungsvorlage VII/487 als Anlage I beigefügte 2. Änderungssatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über das Friedhofs- und Bestattungswesen im Ortsteil Holtwick (Friedhofssatzung) wird beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage I beigefügt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **3 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über das Friedhofs- und Bestattungswesen im Ortsteil Holtwick (Friedhofsgebührensatzung)**

**Vorlage: VII/445**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage.

Ausschussmitglied Löchtefeld wies auf Punkt 1.6 „grünpolitischer Wert“ der Kalkulation der Nutzungs- und Verlängerungsgebühren hin. Die CDU sei der Auffassung, dass dieser Wert nicht in die Kalkulation mit einfließen solle, da ein „grünpolitischer Wert“ bei dem ländlich gelegenen Friedhof nicht gesehen werde. Die CDU-Fraktion beantrage daher, diesen Wert ersatzlos zu streichen.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass diese Streichung Auswirkungen auf die Höhe der Gebühr habe. Die Streichung führe dabei aber nicht zur Minderung, sondern zur Erhöhung der Gebühr, da der „grünpolitische Wert“ aufgrund seines Nutzens für die Allgemeinheit bei der Aufwandsermittlung abgezogen werde.

Nach diesen Ausführungen zog Herr Löchtefeld seinen Antrag zurück.

Ausschussmitglied Schröder verwies auf Punkt 3.d auf Seite 3 der Sitzungsvorlage. Hiernach werde die Zusatzgebühr für besonderen Mehraufwand aufgrund der Bodenverhältnisse in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten an den betroffenen Gebührenzahler weitergegeben. Die CDU sei der Meinung, dass dies so nicht richtig sein könne, da der einzelne Gebührenzahler keine Möglichkeit habe, hierauf im Vorfeld zu reagieren. Es sei nicht einsehbar, warum die Gebühr für einen Gebührenzahler höher sein solle als für einen anderen. Darüber hinaus frage sich die CDU, warum der Unternehmer nicht mit einer Mischkalkulation arbeite. In diesem Falle würde die Gebühr für den Gebührenzahler in jedem Falle gleich bleiben.

Sachbearbeiterin Berger wies darauf hin, dass dies in der Ausschreibung als Zusatzpunkt aufgeführt war, da in Holtwick in einigen Bereichen noch alte Grabkammern etc. vorhanden seien. Der Umfang des Mehraufwandes müsse jedoch vorher durch den Unternehmer mit dem Bauhof abgeklärt werden, der Stundesatz sei angegeben mit 28,00 € zzgl. MWSt.

Bürgermeister Niehues ergänzte, dass ein derartiger Mehraufwand in den letzten Jahren nicht angefallen sei. Im übrigen müssten nach dem Äquivalenzprinzip demjenigen die Kosten angelastet werden, der diese verursache.

Ausschussmitglied Mensing war ebenfalls analog zur Meinung von Ausschussmitglied Schröder der Auffassung, dass die Gemeinschaft der Gebührenzahler diese Kosten tragen solle, da der einzelne Gebührenzahler in diesem Falle nichts für diesen Mehraufwand könne.

Er halte die angedachte Regelung für abstrus, so Ausschussmitglied Branse. Nach der Bestattung komme der Unternehmer und verlange den erhöhten Mehraufwand. Nach seiner Auffassung müsse der Aufwand über die Gebührenkalkulation auf alle verteilt werden.

Sachbearbeiterin Berger wies darauf hin, dass die Zusatzgebühr nicht durch den Unternehmer, sondern durch Gemeinde vom Gebührenzahler erhoben werde. Der Unternehmer rechne mit der Gemeinde ab.

Bürgermeister Niehues schlug vor, die Position zu streichen, da die Mehrheit der Ausschussmitglieder der Auffassung sei, dass die Gebührenzahler gemeinschaftlich diese Kosten zu tragen haben. Eine Überarbeitung bzw. Anpassung des kalkulierten Gebührensatzes werde hierdurch nicht erforderlich, weil für die Gebührenbemessung der voraussichtliche Aufwand heranzuziehen sei. Wenn aber seit Jahren ein derartiger Mehraufwand nicht entstanden sei, sei entsprechender zusätzlicher Auf-

wand für 2007 nicht zu unterstellen. Falls in 2007 jedoch Mehraufwand anfalle, müssten die hierdurch entstehenden Kosten als Aufwand berücksichtigt werden und in das Jahresergebnis mit einfließen. Momentan liege der Kostendeckungsgrad bei 101,9 %.

Mit dem Vorschlag von Bürgermeister Niehues, die Position ersatzlos zu streichen, zeigten sich die Ausschussmitglieder mehrheitlich einverstanden.

Ausschussmitglied Branse äußerte Unverständnis über die Kalkulation. Es werde immer noch nicht auf die Nutzungsdauer, sondern nur auf die Gräberanzahl verteilt. Dies führe zu Verzerrungen, hierauf weise er seit langem hin. Diese Verteilung sei nicht richtig.

Sachbearbeiterin Berger wies darauf hin, dass durch die neue Kalkulation das Gebührenaufkommen sehr wohl auf die Nutzungsdauer verteilt werde. Hierzu habe sie auf umfangreiche Daten aus dem Fachbereich II zurückgreifen können. Sie erläuterte umfassend, wie die Gebühr ermittelt wurde und äußerte die Auffassung, dass die Forderungen des Ausschussmitgliedes Branse damit erfüllt seien.

Fachbereichsleiter Isfort ergänzte die Ausführungen dahingehend, dass die Daten aus dem NKF stammen. Im Rahmen der Erstellung der Eröffnungsbilanz bei Einführung des NKF seien vollständige Erhebungen hinsichtlich der Zahl der vergebenen Nutzungsrechte, der individuellen Nutzungszeiträume sowie der für die jeweiligen Nutzungszeiträume gezahlten Nutzungsentgelte durchgeführt worden. Auf diese Daten könne nunmehr zurückgegriffen werden. Somit stehen die erforderlichen Grundlagen für eine Gebührenkalkulation, nämlich die Höhe des jährlichen Aufwandes einerseits und andererseits als Bemessungsgrundlage die im Erhebungszeitraum gültigen Nutzungseinheiten bzw. zu erwartende Nutzungszugänge zur Verfügung.

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte auf Frage von Ausschussmitglied Mensing, dass Nutzungsrecht auch Nutzungspflicht bedeute. Die Ruhefrist betrage in Holtwick 25 Jahre, das Grab könne somit nicht z.B. nach 20 Jahren aufgegeben werden.

Ausschussmitglied Schröder fragte bezugnehmend auf Seite 5 der Sitzungsvorlage, warum nur ein Zugang an Grabstätten, jedoch kein Abgang für 2007 aufgeführt sei.

Sachbearbeiterin Berger erläuterte, dass die Grabstätten, die in 2007 auslaufen, aus der Zahl der zum 31.12.2006 vorhandenen Grabstellen bereits herausgerechnet worden seien.

Nach Beantwortung weiterer Fragen fasste der Haupt- und Finanzausschuss abschließend folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

Die neuen Gebührenkalkulationen 2007 für den Friedhof Holtwick werden anerkannt. Bei der Kalkulation der Nutzungs- und Verlängerungsgebühren ist ein „grünpolitischer Wert“ in Höhe von 10 % des Aufwandes zu berücksichtigen.

Die der Sitzungsvorlage Nr. VII/445 als Anlage I beigefügte 2. Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Satzung der Gemeinde Rosendahl über das Friedhofs- und Bestattungswesen im Ortsteil Holtwick (Friedhofsgebührensatzung) wird mit der Änderung, dass in § 2 Nr. 3 der Buchstabe d (Zusatzgebühr für besonderen Mehraufwand aufgrund der Bodenverhältnisse in Höhe der tatsächlich entstandenen Kosten) ersatzlos gestrichen wird, beschlossen. Eine Ausfertigung ist dem Originalprotokoll als Anlage I beigefügt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

#### **4 Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 Vorlage: VII/489 mit ErgV**

Bürgermeister Niehues verwies auf die vorliegende Sitzungsvorlage sowie die 1. Änderungsliste. Er wies darauf hin, dass etliche Produkte bereits in den zuständigen Fachausschüssen vorberaten worden seien.

Anschließend wurde der Entwurf der Haushaltssatzung 2007 und deren Anlagen unter Einbeziehung der 1. Änderungsliste einer umfassenden Beratung unterzogen. Soweit erforderlich wurden ergänzende Erläuterungen gegeben, Fragen der Ausschussmitglieder zu einzelnen Positionen wurden umgehend beantwortet.

Soweit nachfolgend zu den einzelnen Produkten keine gesonderte Protokollierung erfolgt, wurden seitens der Ausschussmitglieder keine Einwände geltend gemacht, für diese Produkte gilt die Zustimmung als erteilt.

#### **Produkt 1 – Politische Organe und Gremien**

Ausschussmitglied Neumann fragte an, wie sich die Fraktionssitzungen (Kennzahl auf Seite 70) auf die einzelnen Fraktionen aufteilen.

Bürgermeister Niehues sagte eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort: Die Kennzahl für 2007 wurde aus Erfahrungswerten der vorangegangenen 5 Jahre und unter Berücksichtigung der erhöhten Anzahl der Rats- und Ausschusssitzungen hochgerechnet und entsprechend festgesetzt. Eine Aufteilung auf die einzelnen Fraktionen wurde hierbei nicht vorgenommen.

Zum Vergleich die Anzahl der Fraktionssitzungen in 2006:  
30 Fraktionssitzungen CDU/  
29 Fraktionssitzungen SPD/  
20 Fraktionssitzungen WIR und  
20 Fraktionssitzungen Grüne.

#### Seite 72 – Sachkonto 542 120 – Sitzungsgelder Fraktionen

Für die WIR-Fraktion stelle Ausschussmitglied Neumann den Antrag, die Haushaltsposition von 14.000,00 € auf 11.000,00 € zu reduzieren.

Bürgermeister Niehues wies auf die hinsichtlich der Höchstzahl der Fraktionssitzungen geänderte Hauptsatzung hin. Sofern der Ansatz betragsmäßig reduziert werde, könnte der Fall eintreten, dass ggf. der Ansatz nicht ausreiche und Mittel überplanmäßig bereitgestellt werden müssten.

Ausschussmitglied Branse äußerte die Auffassung, dass der Ansatz nicht reduziert werden solle. Sofern die Fraktionen sparen wollten, müsse die Satzung geändert werden.

Ausschussmitglied Haßler vertrat die Auffassung, dass durch eine Reduzierung der Anzahl der Fraktionssitzungen weniger Sitzungsgelder benötigt würden. Hier könne sich jede Fraktion selbst beschränken, der Ansatz könne unverändert stehen gelassen werden, die Hauptsatzung müsse hierfür nicht geändert werden.

Für die CDU-Fraktion teilte Fraktionsvorsitzender Steindorf mit, dass diese den WIR-Antrag nicht unterstützen wolle. Falls tatsächlich aufgrund einer Reduzierung der Fraktionssitzungen weniger Sitzungsgelder bis Ende 2007 ausgezahlt würden, so wirke sich dies positiv in der Ergebnisrechnung aus.

Ausschussmitglied Schröder wies darauf hin, dass Fraktionssitzungen in den Fällen, in denen Beratungsbedarf bestehe, stattfinden müssten. Es bringe daher nichts, den Ansatz zu kürzen, da zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehbar sei, wie groß der Beratungsbedarf in 2007 sein werde. Eine Ansatzkürzung ziehe ggf. eine überplanmäßige Ausgabe nach sich.

Anschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Antrag der WIR-Fraktion abstimmen.

Abstimmungsergebnis:      2 Ja-Stimmen  
   6 Nein-Stimmen  
   2 Enthaltungen

Der Antrag war damit **abgelehnt**.

Abschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Teilergebnisplan 1 abstimmen.

Abstimmungsergebnis:      8 Ja-Stimmen  
   2 Nein-Stimmen

## **Produkt 2 - Unterstützung der Verwaltungsführung**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 1 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2007. Die Erläuterungen wurden zur Kenntnis genommen, diesbezügliche Fragen der Ausschussmitglieder wurden umfassend beantwortet.

Bürgermeister Niehues ließ anschließend über die Veranschlagung von 3.000,00 € für anteilige Beratungskosten abstimmen.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig

## **Produkt 6 - Öffentlichkeitsarbeit und Internet**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 2 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2007. Die Erläuterungen wurden zur Kenntnis genommen, diesbezügliche Fragen der Ausschussmitglieder wurden umfassend beantwortet.

Bürgermeister Niehues ließ abschließend darüber abstimmen, 1.500,00 € für den Erwerb einer der Vollversion für den Internet-Auftritt der Gemeinde Rosendahl von der Fa. Mindwerk AG bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig

## **Produkt 8 - Personalmanagement**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 3 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste zum Haushaltsentwurf 2007. Die Erläuterungen wurden zur Kenntnis genommen, diesbezügliche Fragen der Ausschussmitglieder wurden umfassend beantwortet.

Ausschussmitglied Schröder bat um Ergänzung folgender Kennzahlen:

- a) die Zahl der Krankheitstage sowie
- b) die Anzahl der Sicherheitsschulungen.

Bürgermeister Niehues sagte die Beantwortung über das Protokoll zu.

|                 |  |   |
|-----------------|--|---|
| <u>Antwort:</u> | Anzahl der Krankheitstage pro Beschäftigtem: 4,22 Tage<br>(hierbei wurden Kurmaßnahmen sowie die ganzjährige Erkrankung eines Beschäftigten nicht mit berücksichtigt, bei Berücksichtigung der Kurmaßnahmen sowie der ganzjährigen Erkrankung beläuft sich der Krankenstand auf 8,63 Tage pro Beschäftigtem) |   |
|                 | Anzahl der Sicherheitsschulungen:  | 1 |

## **Produkt 10 - Gebäudemanagement**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 4 der vorliegenden 1. Änderungsliste sowie auf die diesbezüglichen Erläuterungen.

Bürgermeister Niehues ließ über die Änderungen im Teilplan abstimmen.

|                             |                |
|-----------------------------|----------------|
| <u>Abstimmungsergebnis:</u> | 8 Ja-Stimmen   |
|                             | 2 Nein-Stimmen |

Ausschussmitglied Schröder bat um Ergänzung folgender Kennzahlen als ständige Einrichtung im Haushaltsplan:

- a) Gasverbrauch sowie
- b) Stromverbrauch etc.

für alle gemeindlichen Gebäude in absoluten Zahlen.

Allgemeiner Vertreter Gottheil machte den Vorschlag, die Kennzahlen im Moment so zu belassen. Die aktuell aufgearbeiteten Verbräuche inklusive der Energiekostenaufteilung auf die Schulen werde er den Ausschussmitgliedern in Kürze vorstellen. Für das kommende Haushaltsjahr werde der Vorschlag von Ausschussmitglied Schröder aufgegriffen.

## **Produkt 11 – Grundstücksmanagement**

Allgemeiner Vertreter Gottheil verwies auf Ziffer 5 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Ausschussmitglied Reints stellte den Antrag, im Teilfinanzplan die veranschlagten 200.000,0 € für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden ersatzlos zu streichen, da er der Auffassung sei, dass keine Grundstücke und Gebäude gekauft wer-

den sollten.

Allgemeiner Vertreter Gottheil verwies beziehungsweise auf den Antrag von Ausschussmitglied Reints auf die bestehenden rechtlichen Verpflichtungen hinsichtlich der Abwicklung von Grundstücksgeschäften.

Anschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Antrag von Ausschussmitglied Reints abstimmen.

Abstimmungsergebnis:        1 Ja-Stimme  
   9 Nein-Stimmen

Der Antrag war damit **abgelehnt**.

### **Produkt 12 - Grundschulen**

Produktverantwortliche Fuchs verwies auf Ziffer 6 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Ausschussmitglied Neumann erläuterte für die WIR-Fraktion, dass diese dem Teilplan Grundschule nicht zustimmen werde, da nach Auffassung der WIR-Fraktion die Verwendung der Bundesmittel für den Umbau der Rosendahler Grundschulen zu Ganztagschulen nicht zweckgemäß sei.

Abschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Teilplan abstimmen.

Abstimmungsergebnis:        7 Ja-Stimmen  
   2 Nein-Stimmen  
   1 Enthaltung

### **Produkt 13 - Hauptschule**

Bürgermeister Niehues verwies auf Ziffer 7 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Ausschussmitglied Steindorf bat um Beratung und Entscheidung über diesen Punkt in nichtöffentlicher Sitzung, da er hierzu aktuelle Informationen habe, die er nicht in öffentlicher Sitzung bekannt geben könne.

Anschließend erfolgte eine Unterbrechung der Sitzung von 21.10 Uhr – 21.20 Uhr.

### **Produkt 20 – Sportanlagen**

Allgemeiner Vertreter Gottheil erläuterte den veranschlagten erhöhten Aufwand für die Erneuerung der Steuerung der Beregnungsanlagen an den Sportanlagen in Darfeld und Osterwick.

Abschließend ließ Bürgermeister Niehues über den Teilplan abstimmen.

Abstimmungsergebnis:        9 Ja-Stimmen  
   1 Nein-Stimme



### **Produkt 21 - Sportförderung**

Bürgermeister Niehues verwies auf Ziffer 8 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Abschließend ließ er über den Teilplan abstimmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

### **Produkt 28 – Steuern, Abgaben und Entgelte**

Ausschussmitglied Schröder bat hinsichtlich der Kennzahlen im Produkt 28 um Ergänzung um die Anzahl der Widersprüche sowie Klagen.

Antwort: ca. 15 Widersprüche in 2006  
0 Klagen in 2006

### **Produkt 29 – Wasserversorgung**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 9 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Einwände wurden nicht erhoben.

### **Produkt 31 – Straßenreinigung**

Bürgermeister Niehues verwies auf die den Ausschussmitgliedern ausgehändigte Bürger-Info zu Straßenreinigung und Winterdienst, die am Wochenende mit den Steuerbescheiden an alle Steuerpflichtige verteilt werde.

Die Bürger-Info ist dem Protokoll als **Anlage I** beigelegt.

### **Produkt 36 – Verkehrsangelegenheiten**

Ausschussmitglied Mensing schlug für die WIR-Fraktion vor, im Bereich der Überwachung des ruhenden Verkehrs eine Kooperation mit Nachbargemeinden einzugehen.

Bürgermeister Niehues wies darauf hin, dass entsprechende Gespräche bereits mit der Gemeinde Legden geführt werden.

### **Produkt 40 – Freiwillige Feuerwehr und Feuerschutz**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 10 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Einwände wurden nicht erhoben.

### **Produkt 46 – Förderung von Kindern in Tagesbetreuung**

Ausschussmitglied Mensing wies darauf hin, dass die Leistungsmengen und die Kennzahlen nicht mehr dem neuesten Stand entsprechen.

Er fragte nach, ob es nicht auch hinsichtlich der Ansätze Aktualisierungsbedarf gebe.

Bürgermeister Niehues erläuterte, dass sich durch die Verringerung um eine Gruppe in Holtwick zwar eine geringfügige Betriebskostensenkung (für 5 Monate) ergebe, dieser jedoch derzeit nicht genau quantifiziert werden könne. Eine geringfügige Kostensenkung führe letztlich dann zu einer Einsparung bei dem Produkt.

### **Produkt 56 – Abwasserbeseitigung**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 11 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Einwände wurden nicht erhoben.

### **Produkt 57 – Straßen, Wege, Plätze und Verkehrsanlagen**

Fachbereichsleiter Isfort verwies auf Ziffer 12 der Erläuterungen zur 1. Änderungsliste.

Für die CDU-Fraktion beantragte deren Fraktionsvorsitzender Steindorf, bei den Einzelinvestitionen die Position „Aufweitung der „Brockallee“ (Einmündungsbereich der B 474)“ mit einem **Sperrvermerk** zu versehen. Der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss solle über diese Ausgabe entscheiden.

### **Stellenplan**

Für die CDU-Fraktion beantragte deren Fraktionsvorsitzender Steindorf, keine vierte A 13-Stelle einzurichten. Mit dieser Änderung werde die CDU-Fraktion dem Stellenplan zustimmen.

Bürgermeister Niehues erinnerte an die Beratung im Rahmen der Beförderung eines Beamten im letzten Jahr. Er habe der Beratung entnommen, dass es für den nicht berücksichtigten Bewerber eine Perspektive im Stellenplan 2007 geben werde. Dies habe er dem Betroffenen auch mit Zustimmung der Ausschussmitglieder so mitgeteilt.

Ausschussmitglied Neumann verwies auf die Position der WIR-Fraktion. Die WIR-Fraktion habe im Zuge der letzten Beratung über den Stellenplan 2006 die Anhebung beider Stellen abgelehnt und behalte diese Position für 2007 bei.

Ausschussmitglied Branse stimmte den Ausführungen von Bürgermeister Niehues zu. Auch er habe der Beratung entnommen, dass im Stellenplan 2007 die vierte A 13-Stelle eingerichtet werden solle. Er empfinde es schon als niederträchtig, sich, nachdem dem Betroffenen keine Rechtsmittel mehr zustehen, nun nicht mehr an diese Quasi-Zusage zu halten.

Ausschussmitglied Reints schloss sich inhaltlich den Ausführungen von Herrn Branse an. Er halte eine derartige Vorgehensweise für unfair dem Betroffenen gegenüber.

Ausschussmitglied Schröder erinnerte daran, dass hier über den Stellenplan und nicht über Personen entschieden werde. Die CDU habe eine Perspektive signalisiert, diese Perspektive sei jedoch nicht mit einer Jahreszahl versehen worden. Die Perspektive sei auch weiterhin zugesagt, dazu stehe die CDU-Fraktion.

Ausschussmitglied Bräse bat darum, mit den Leuten aus der Verwaltung fairer umzugehen. Diese Vorgehensweise fördere sicher nicht die Motivation des Betroffenen.

Bürgermeister Niehues ließ abschließend über den Antrag der CDU-Fraktion auf Streichung der vierten A 13-Stelle abstimmen.

Abstimmungsergebnis:      5 Ja-Stimmen  
                                     3 Nein-Stimmen  
                                     1 Enthaltung

(Ausschussmitglied Mensing war während der Abstimmung nicht anwesend)

Ausschussmitglied Steindorf stellte ausdrücklich klar, dass hinsichtlich der vierten A 13-Stelle auch für 2008 noch keine entsprechende Entscheidung getroffen sei.

-----

Für die CDU-Fraktion verlas Fraktionsvorsitzender Steindorf einen Antrag auf Einführung der Kosten- und Leistungsrechnung im Jahr 2007 und bat um Abstimmung über diesen Antrag. Der Antrag ist dem Protokoll als **Anlage II** beigefügt.

Ausschussmitglied Bräse vertrat die Auffassung, dass er aufgrund der Kurzfristigkeit keine Entscheidung treffen könne. Er sehe auch die Dringlichkeit nicht.

Ausschussmitglied Steindorf begründet anschließend die Dringlichkeit des Antrages.

Ausschussmitglied Mensing wies darauf hin, dass er über den Antrag heute nicht abstimmen könne, da bislang Kosten nicht bekannt seien.

Ausschussmitglied Steindorf bat anschließend darum, den CDU-Antrag als Arbeitsauftrag an die Verwaltung zu verstehen.

Bürgermeister Niehues ließ abschließend über den CDU-Antrag als Arbeitsauftrag an die Verwaltung abstimmen.

Abstimmungsergebnis:      einstimmig

-----

Abschließend fasste der Haupt- und Finanzausschuss folgenden **Beschlussvorschlag für den Rat:**

1. Der Entwurf der Haushaltssatzung für das Jahr 2007 mit ihren Anlagen wird unter Berücksichtigung der sich aus Einzelbeschlüssen ergebenden Veränderungen

gen, die in einer Änderungsliste zusammengefasst sind, sowie der Einbeziehung der sich hieraus ergebenden Anpassungserfordernisse hinsichtlich der Abschlussergebnisse im Ergebnis- und im Finanzplan beschlossen.

Die Änderungsliste ist dem Protokoll als Anlage I beigelegt.

Abstimmungsergebnis: 9 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme

2. Der Stellenplan für das Haushaltsjahr 2007 wird unter Beibehaltung von drei A 13 - Stellen und Wegfall des kw-Vermerkes gegenüber dem Entwurf unverändert beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 6 Ja-Stimmen  
3 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung

## **5 Mitteilungen**

### **5.1 Erstellung der Kunstrasenplätze Darfeld und Osterwick**

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete, dass am 19. Januar 2007 die Submission zur Ausschreibung der Tiefbauarbeiten und der Kunstrasenarbeiten im Zuge der Erstellung der Kunstrasenplätze Darfeld und Osterwick stattgefunden habe.

Die Angebote seien zwischenzeitlich durch das Büro Brinkmann + Deppen geprüft worden. Die Endergebnisse lägen vor. Die Aufträge für die Tiefbauarbeiten seien zwischenzeitlich bereits an die Fa. Büttner, Münster/ Ahaus, erteilt worden. Aufgrund der Ergebnisse der Bietergespräche vom Vortage würden die Aufträge für die Kunstrasenarbeiten an die Firma Weitzel, Tornesch, vergeben. Bezüglich der Detailergebnisse werde er in der nächsten Ratssitzung im nichtöffentlichen Teil einen weitergehenden Sachstandsbericht geben.

## **6 Anfragen der Ausschussmitglieder gemäß § 27 Abs. 9 GeschO**

### **6.1 Friedhofssatzung - Herr Mensing**

Ausschussmitglied Mensing verwies auf die Friedhofssatzung. Er sei von Bürgern bezüglich der erlaubten Gestaltung der Gräber mit Grabplatten angesprochen worden. In der Friedhofssatzung sei geregelt, dass Einzelgräber mit Grabplatten belegt

werden können, bei Doppelgräbern sei dies nicht möglich. Er fragte an, ob bereits Anträge auf Ausnahmegenehmigung eingegangen seien.

Allgemeiner Vertreter Gottheil berichtete von einem aktuellen Gespräch mit einem Vertreter der Kath. Kirchengemeinde Osterwick bezüglich der Zulassung von vollständigen Grabplatten. Derzeit werde dort überlegt, möglicherweise bei Einzelgräbern diese zuzulassen; damit sei dann eine gleiche Behandlung zwischen den Friedhöfen Osterwick und Holtwick gegeben. Hinsichtlich der Verwendung von Grabplatten bei Doppelgräbern sei zu prüfen, ob dieses nach der Satzung über eine Ausnahmegenehmigung möglich oder ansonsten eine derartige Regelung überhaupt gewollt sei, was dann mit einer Änderung der Friedhofssatzung (Anmerkung: § 17 „Aufstellen von Denkzeichen“) verbunden sein müsse. Generell sei die Verwendung von Grabplatten sinnvoll; andernfalls würden sicherlich auf Dauer ungepflegte Grabstätten entstehen. Allgemeiner Vertreter Gottheil schlug abschließend vor, zunächst abzuwarten, ob entsprechende Wünsche für die Belegung mit Grabplatten an Doppelgräbern überhaupt an die Gemeinde herangetragen würden.

## **7 Einwohner-Fragestunde gemäß § 27 Abs. 10 GeschO**

Anfragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Franz-Josef Niehues  
Ausschussvorsitzende/r

Maria Fuchs  
Schriftführer/in